

Niederschrift

über die 40. Sitzung des Rates am 18.06.2020
(10. Wahlperiode)

Tag es o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf - hier: Stellungnahme der Stadt Meerbusch im Rahmen der 2. Offenlage Vorlage: BJ/1160/2020	6
2.1 Antrag aller Fraktionen vom 04.06.2020 bzgl. Kapazitätsausweitung Flughafen Vorlage: BJ/0310/2020	7
3 119. Änderung des Flächennutzungsplans, Meerbusch-Büderich, "Weißenberger Weg / Further Weg" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 8 (1) BauGB Vorlage: FB4/1129/2020	7
4 Beschluss über die Veränderungssperre Nr. 67 für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 318, Meerbusch-Osterath, "Musikerviertel" Vorlage: FB4/1158/2020	8
5 Beschluss über die Veränderungssperre Nr. 68 für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 319, Meerbusch Lank-Latum, Dichterviertel Vorlage: FB4/1152/2020	10
6 Coronabedingte Finanzschäden und Folgen für den städt. Haushalt Vorlage: SFI/0401/2020	11
7 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2019 und Nachtrag 2018 Vorlage: SFI/0398/2020	11
8 Investive Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO von Haushaltsjahr 2019 nach 2020 Vorlage: SFI/0399/2020	12
9 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Beitragserhebung im Bereich Kindertagesbetreuung im Zuge von Covid-19 für Juni und Juli 2020	12

10	Regelung zur Beitragserhebung für die Betreuung in der gebundenen und offenen Ganztagschule sowie außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten der Primarstufe und der Sekundarstufe I für die Monate Juni und Juli Vorlage: BM/1168/2020	12
11	Anträge.....	13
11.1	Antrag der UWG/Freie Wähler vom 17.05.2020 sowie Antrag der SPD vom 16.06.2020 bzgl. Rettung von Wildtieren.....	13
11.2	Antrag der FDP-Fraktion vom 03.06.2020 bzgl. Änderung der Geschäftsordnung des Rates Vorlage: BJ/0308/2020	14
11.3	Antrag der UWG/Freie Wähler vom 28.05.2020 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: BJ/0303/2020.....	14
11.4	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2020 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: BJ/0313/2020.....	15
12	Anfragen.....	15
12.1	Anfrage der UWG/Freie Wähler vom 09.06.2020 bzgl. Sauberkeit im Umfeld von Abfallbehältern	15
13	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	16
14	Termin der nächsten Sitzung: 01. September 2020.....	17
15	Verschiedenes	17

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Frau Renate Kox	Ratsmitglied
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Michael Billen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
------------------------	--------------

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Frau Rita Henning	Ratsmitglied
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Patrick Wirtz	Referent der Bürgermeisterin
Herr Dr. Marc Saturra	Leiter Büro der Bürgermeisterin und Justizariat
Herr Christian Volmerich	Stadtkämmerer

es fehlen:

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Schulz	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied
---------------------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass zur Tagesordnung nachträgliche verschiedene Ergänzungen vorlägen. Zu TOP 2 sei ein Antrag aller Fraktionen eingegangen, der unter TOP 2.1 berücksichtigt werde. Unter TOP 9 sei eine Vorlage zur Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen in den Monaten Juni und Juli eingefügt, unter TOP 10 eine entsprechende Beratungsvorlage zur Erhebung der Beiträge im Bereich der Ganztagsbetreuung an Schulen. Unter TOP 11.1 sei weiterhin ein Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Schutz von Wildtieren“ eingefügt, unter TOP 11.4 ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Ausschussumbesetzung, unter TOP 12.1 eine Anfrage der UWG-Fraktion zur Reinigung im Bereich von Müllbehältern. Unter TOP 20 sei weiterhin eine Vorlage der Verwaltung zu einem Bauvorhaben an der Meerbuscher Straße eingefügt.

Weitere Ergänzungen oder Wortmeldungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Holz-Jerusalem stellt folgende Fragen zu Themen des Schulbereiches, zu denen Erster Beigeordneter Maatz Stellung nimmt:

1. Ich habe gehört, dass die Ausschreibungsbedingungen krisengemäß vereinfacht wurden. Wie hat die Stadt die Schließung der Schulen genutzt, um die Situation an all den renovierungsbedürftigen Schulgebäuden und deren im Rückstand befindlichen digitaler Grundausstattung voranzutreiben?

Alle weiterführenden Schulen wurden mit WLAN ausgestattet. In den Grundschulen wurde nun mit der WLAN Installation begonnen. Alle Schulen haben einen gigabyte-fähigen Breitbandanschluss erhalten. Die Mittel zur Beschaffung von iPads für alle Schulen wurden in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 12.05.2020 freigegeben. Die Beschaffungen für alle Schulen wurden nunmehr mit den Schulen endgültig abgestimmt, der Auftrag ist erteilt.

2. Was wurde im Rahmen des Kreditprogramms NRW „Gute Schule 2020“ Mittel zugunsten von Meerbuscher Schülern investiert?

Die gesamten der Stadt zustehenden Mittel aus dem Förderprogramm in Höhe von rund 2,4 Mio. € wurden abgerufen und in die Schulen investiert.

3. Wie stellt die Stadt als Träger der Schulen sicher, dass ab dem 11. August 2020 ein möglicherweise eintretender regelmäßiger Wechsel von Präsenz und Distanzunterricht ohne Hindernisse ablaufen kann?

Nach derzeitiger Sachlage und Aussage des Schulministeriums NRW wird künftig weiterhin der Regelunterricht in den Schulen angestrebt, Lernen auf Distanz soll hierbei kein zentraler Baustein werden. Wie bereits erläutert sind die Endgeräte für die Digitalisierung der Schulen und des Unterrichts bestellt, ein genauer Lieferzeitpunkt ist derzeit nicht bekannt. Nach der Lieferung ist zunächst noch die Konfiguration der Geräte erforderlich. Dies soll nach Lieferung schnellstmöglich umgesetzt werden und die Geräte in den Einsatz kommen.

2 Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf - hier: Stellungnahme der Stadt Meerbusch im Rahmen der 2. Offenlage Vorlage: BJ/1160/2020

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Antrag der Flughafen Düsseldorf GmbH auf Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses weiterhin abzulehnen und zur Begründung eine Stellungnahme gemäß des Entwurfes und der in Auftrag gegebenen Fachgutachten abzugeben.

Der Beschlusstext des unter TOP 2.1 geführten Antrages aller Fraktionen wird der Stellungnahme vorangesetzt:

„Keine Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf!

Der Rat der Stadt Meerbusch bekräftigt erneut seine entschiedene Ablehnung der vom Flughafen Düsseldorf beantragten Kapazitätserweiterung und bittet die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den andern betroffenen Kommunen im Umland des Düsseldorfer Flughafens alle politischen und rechtlichen Maßnahmen zur Verhinderung der durch diesen Antrag begehrten Kapazitätserweiterung zu ergreifen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage und Justiziar Dr. Saturra führen zu den Inhalten der Vorlage sowie dem Verfahren zur Stellungnahme aus. Das aktuelle Verfahren sei die Fortsetzung des Beteiligungsverfahrens aus den Jahren 2016 / 2017. Da die vom Flughafen danach neu vorgelegten Gutachten sehr umfangreich und komplex seien, sei das beauftragte Gutachterbüro RegioConsult im Namen der Stadt und der anderen betroffenen Kommunen mit der Auswertung der offen gelegten Gutachten betraut. Das Fachgutachten des Gutachterbüros sei noch nicht vollständig erstellt und werde derzeit entsprechend finalisiert; aufgrund der fachlichen Tiefe und Komplexität der Themen nehme dies einerseits eine gewisse Zeit in Anspruch, andererseits könne diese Auswertung nur durch entsprechende Fachgutachter erfolgen. Die Verwaltung beabsichtige entsprechend, die der Beschlussvorlage beigefügte Stellungnahme beschließen zu lassen, das weitere Fachgutachten des Gutachterbüros solle dann nach Vorliegen der Stellungnahme beigefügt werden und ganzheitlich abgegeben werden. Die Stadt sei in zweierlei Hinsicht, nämlich als Träger öffentlicher Belange sowie als Träger der Planungshoheit betroffen, entsprechend seien für die Abgabe der Stellungnahme im Grundsatz zwei Fristen gesetzt, der 26.06.2020 sowie der 31.07.2020. Zur Sicherstellung einer fristgerechten Eingabe aller Belange werde zur Abgabe der ganzheitlichen Stellungnahme der 26.06.2020 vorgesehen.

Ratsherr Rettig führt aus, dass der Flughafen selbst in der Presse erläutert habe, dass auch nach der Corona-Pandemie eine Reduzierung der Flugbewegungen um rund 25% erwartet werde. Dies stünde im Gegensatz zur beabsichtigten Kapazitätserweiterung.

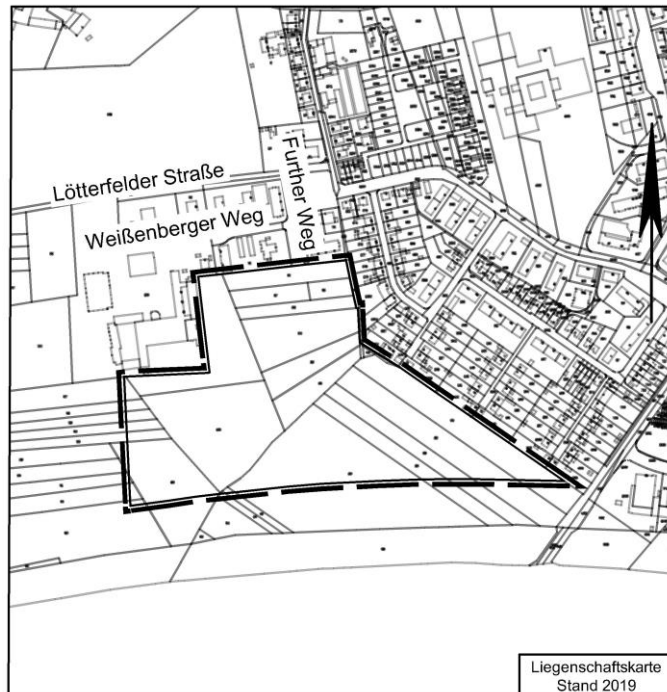
Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert hierzu, dass der Referatsleiter für das Planfeststellungsverfahren des Ministeriums auf entsprechende Anfrage in der vergangenen Sitzung der Fluglärmkommission ausgeführt habe, dass dies im weiteren Prüfungs- und Genehmigungsverfahren seitens des Verkehrsministeriums NRW berücksichtigt würde. Nähere Angaben hierzu lägen nicht vor.

Es besteht Einigkeit, dass der Text des unter 2.1 geführten Antrages aller Fraktionen der Stellungnahme vorangestellt wird. Sodann wird über den entsprechenden Beschluss abgestimmt.

**2.1 Antrag aller Fraktionen vom 04.06.2020 bzgl. Kapazitätsausweitung Flughafen
Vorlage: BJ/0310/2020**

Der Antrag wurde unter TOP 2 beraten.

**3 119. Änderung des Flächennutzungsplans, Meerbusch-Büderich, "Weißenberger Weg / Further Weg"
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 8 (1) BauGB
Vorlage: FB4/1129/2020**



Beschluss:

Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung, für ein Gebiet, das

- im Westen durch die Städtische Maria Montessori Gesamtschule
- im Norden durch den Weißenberger Weg
- im Osten durch die Bebauung am Schwalbenweg
- im Süden durch die Autobahn A 52

begrenzt ist,

- maßgebend ist die Darstellung des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Flächennutzungsplans, die Bestandteil dieses Beschlusses ist -,

die 119. Änderung des Flächennutzungsplans, Meerbusch-Büderich, "Weißenberger Weg / Further Weg" aufzustellen,

die vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

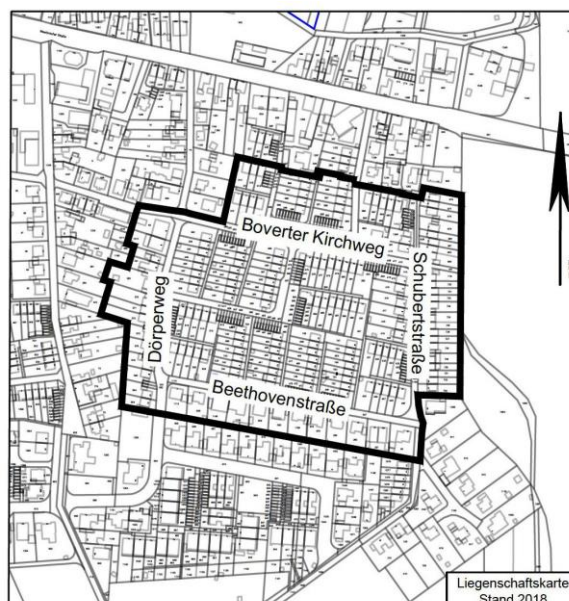
- Erweiterung der Gemeinbedarfsfläche (Schule) und Ergänzung der Zweckbestimmung „Kindergarten“,
- Überplanung der nicht umgesetzten Kleingartenanlage
- Darstellung von Wohnbaufläche zur Ortsabrundung sowie
- Darstellung von Flächen für die Landwirtschaft entsprechend der tatsächlichen Nutzung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			1
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	45	5	1

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

4 **Beschluss über die Veränderungssperre Nr. 67 für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 318, Meerbusch-Osterath, "Musikerviertel"** Vorlage: FB4/1158/2020



Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch fasst folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß §§ 14, 16 und 17 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I, S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 6 G zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 27.3.2020 (BGBl. I S. BGBl Jahr 2020 I Seite 587) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Art. 4 COVID-19-LandesrechanpassungsG vom 14.4.2020 (GV. NRW. S. 218b, ber. S. 304a) für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 318, Meerbusch-Osterath, Musikerviertel, die Satzung der Stadt Meerbusch über die Veränderungssperre Nr. 67 in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	4		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	44	7	

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

**5 Beschluss über die Veränderungssperre Nr. 68 für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 319, Meerbusch Lank-Latum, Dichterviertel
Vorlage: FB4/1152/2020**



Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch fasst folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß §§ 14, 16 und 17 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I, S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 6 G zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 27.3.2020 (BGBl. I S. BGBl. Jahr 2020 I Seite 587) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Art. 4 COVID-19-LandesrechtsanpassungsG vom 14.4.2020 (GV. NRW. S. 218b, ber. S. 304a) für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 319, Meerbusch Lank-Latum, Dichterviertel, die Satzung der Stadt Meerbusch über die Veränderungssperre Nr. 68 in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		10	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	4		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	34	17	

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

6 Coronabedingte Finanzschäden und Folgen für den städt. Haushalt
Vorlage: SFI/0401/2020

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Kämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Aufgrund der derzeitigen Sachlage und der weiterhin notwendigen Beschlüsse zu Finanzhilfen auf Landes- und Bundesebene könne zum derzeitigen Zeitpunkt zunächst nur abgewartet werden. Sobald etwaige Beschlüsse gefasst würden und entsprechende Informationen hinsichtlich möglicher Finanzhilfen für die Kommunen vorlägen könnten weitere Erkenntnisse gezogen und ggfs. notwendige Anpassungen hinsichtlich der im Haushalt vorgesehenen Projekte anberaumt werden.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes führt aus, dass weiterhin mit Nachdruck gegenüber Bund und Land auf die Gewährung der zusätzlichen Mittel für die Geflüchtetenfinanzierung gedrängt werden solle. Durch die coronabedingten Finanzschäden würden etwaige Mittel den Haushalt entlasten.

Ratsherr Müller beantragt die Einrichtung eines Arbeitskreises aus Vertretern des Rates unter Federführung des Kämmerers, um über die Auswirkungen der finanziellen Einbußen und die Durchführung von Projekten zu beraten.

Kämmerer Volmerich weist hierzu nochmals auf seine Ausführungen hin und wiederholt, dass derzeit aufgrund der noch fehlenden Informationen zu Finanzhilfen keine Prognosen und Maßnahmen zur Haushaltslage anberaumt werden könnten.

Sodann wird über den Antrag des Rats Herrn Müller zur Einrichtung eines Arbeitskreises abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		24	
SPD		10	
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	4		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	47	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

7 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2019 und Nachtrag 2018
Vorlage: SFI/0398/2020

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

- 8 Investive Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO von Haushaltsjahr 2019 nach 2020**
Vorlage: SFI/0399/2020

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

- 9 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Beitragserhebung im Bereich Kindertagesbetreuung im Zuge von Covid-19 für Juni und Juli 2020**

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 08.06.2020 zur hälftigen Erhebung der Elternbeiträge für die gesetzlich geförderten Kindertageseinrichtungen sowie die Kindertagespflege in den Monaten Juni und Juli.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Der eingeschränkte Regelbetrieb mit einer vorgesehenen Reduzierung um 10 Stunden gegenüber den regulären Betreuungszeiten sei angelaufen, in Absprache mit den Trägern würde geprüft, inwieweit auch Erweiterungen der Betreuungszeiten realisiert werden könnten.

Das Land NRW habe sich mit den kommunalen Spitzenverbänden geeinigt, dass neben der hälftigen Erhebung der Elternbeiträge für die Monate Juni und Juli eine weiterhin hälftige Finanzierung (je 25%) der übrigen Anteile an den Beiträgen durch das Land und die Kommunen erfolge. Aufgrund des Zahlungslaufes und der damit notwendigen Beschlussfassung sei hierzu ein entsprechender Dringlichkeitsbeschluss in Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden gefasst worden.

- 10 Regelung zur Beitragserhebung für die Betreuung in der gebundenen und offenen Ganztagschule sowie außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten der Primarstufe und der Sekundarstufe I für die Monate Juni und Juli**
Vorlage: BM/1168/2020

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt: Die Stadt Meerbusch erhebt für die Inanspruchnahme der Betreuung gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 (BASS 12-63 Nr. 2) in der gebundenen und offenen Ganztagschule sowie außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten der Primarstufe und der Sekundarstufe I für die Monate Juni und Juli die Hälfte der nach der Satzung zu erhebenden Elternbeiträge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Mit Wiederaufnahme des Regelbetriebes seien auch die Betreuungsangebote wieder angelaufen, für die Zeit der Ferien sei eine erweiterte Betreuung beabsichtigt. Entsprechend sei ein Verfahren analog zur Erhebung der Gebühren im Bereich der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege für die Monate Juni und Juli beabsichtigt.

11 Anträge

11.1 Antrag der UWG/Freie Wähler vom 17.05.2020 sowie Antrag der SPD vom 16.06.2020 bzgl. Rettung von Wildtieren

Die Anträge der UWG- und der SPD-Fraktion werden in die nächste Sitzung des Hauptausschusses vertagt.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu dieser Sitzung Gespräche mit der Feuerwehr hinsichtlich möglicher Synergieeffekte bei der Anschaffung und dem Betrieb einer Drohne zu prüfen. Weiterhin solle Kontakt zu umliegenden Kommunen hinsichtlich einer möglichen interkommunalen Zusammenarbeit aufgenommen werden.

Ratsfrau Glasmacher führt zu den Inhalten des Antrages aus. Die Stadt Radevormwald habe sehr gute Erfahrungen beim Einsatz von Drohnen zum Tierschutz auf Grünland- und Ackerflächen gemacht.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass bereits Gespräche mit Landwirten und Jägern in Meerbusch geführt würden. Hier sei bestätigt worden, dass es für einen Einsatz in diesem Jahr bereits zu spät sei, da die überwiegenden Arbeiten durch die Landwirte bereits durchgeführt würden.

Ratsherr Hoppe führt aus, dass es zu keinen nennenswerten Tierschäden komme, da die Landwirte auch aus eigenem Interesse bereits mit Vorsicht auf (Jung-)Tiere achteten. Radevormwald sei zudem als Vergleich nicht sachgerecht, da dort wesentlich mehr Wald- und Wiesenflächen bewirtschaftet würden. Ein dortiger Drohneneinsatz könne daher sinnvoll sein, in Meerbusch sei dies aufgrund der anderen Topografie sowie dem Vorgehen der Landwirte und Jäger nicht sachgerecht.

Es herrscht überwiegende Einigkeit, dass bei der Anschaffung und Bedienung einer Drohne zum Zwecke der Prüfung von Acker- und Wiesenflächen ggfs. Synergieeffekte mit der Feuerwehr geschaffen werden könnten. Hierzu müssten Gespräche mit der Feuerwehr geführt werden, inwiefern dort Bedarf für eine Drohne im Einsatzdienst bestünde und die Kapazitäten für die Durchführung der Flüge über Acker- und Wiesenflächen vorhanden seien. Es wird entsprechend vereinbart, eine Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu vertagen und die Verwaltung zu beauftragen, bis dahin entsprechende Gespräche zu führen.

Ratsherr M. Becker regt an, ebenso die Nutzer*innen des Modellflughafens hinsichtlich eines Interesses an der Durchführung der Flüge anzusprechen. Dies wird entsprechend aufgenommen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die Feuerwehr für Einsätze eine Drohne der Feuerwehr Neuss anfordern könne. Bisher sei daher seitens der Feuerwehr Meerbusch kein Bedarf gemeldet worden. Dies werde im Zuge der Gespräche dann nochmals aufgegriffen.

11.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.06.2020 bzgl. Änderung der Geschäftsordnung des Rates
Vorlage: BJ/0308/2020

Beschluss:

Der Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung wird vertragen. Eine entsprechende Änderung solle durch den Rat in der kommenden Legislaturperiode erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Rettig führt zum Antrag der FDP-Fraktion aus.

Es herrscht Einigkeit, dass eine mögliche Änderung der Geschäftsordnung durch den Rat in der kommenden Legislaturperiode erfolgen solle.

11.3 Antrag der UWG/Freie Wähler vom 28.05.2020 bzgl. Ausschussumbesetzung
Vorlage: BJ/0303/2020

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt folgende Ausschussumbesetzung der UWG-Fraktion:

Bau- und Umweltausschuss

setze zusätzlich:

Frau Nuesret Seval

Herrn Patrick Wirtz

Planungsausschuss

setze zusätzlich:

Frau Nuesret Seval

Herrn Hartwig Spetsmann

Herrn Patrick Wirtz

Schul- und Sportausschuss

setze zusätzlich:

Herrn Hartwig Spetsmann

Kulturausschuss

setze zusätzlich:

Frau Nuesret Seval

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**11.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2020 bzgl. Ausschussumbesetzung
Vorlage: BJ/0313/2020**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt folgende Ausschussumbesetzung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Frau Silke Hülsemann und Frau Leoni Kanders als Sachkundige Bürgerinnen in den Ausschuss für Schule und Sport sowie den Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12 Anfragen

12.1 Anfrage der UWG/Freie Wähler vom 09.06.2020 bzgl. Sauberkeit im Umfeld von Abfallbehältern

Die Anfrage der UWG-Fraktion wird durch die Verwaltung wie folgt beantwortet:

1.) Ist die Firma Schönackers ebenfalls vertraglich dafür verantwortlich, den danebenliegenden Müll und Unrat zu entsorgen?

Nein.

2.) Falls ja, wird dies von städtischen Mitarbeitern der Stadt überprüft?

Siehe Antwort 1.

3.) Falls die Firma Schönackers nur für das Leeren der Container laut Vertrag verantwortlich ist, wird dann das Umfeld jeweils von Mitarbeitern der Stadt gereinigt?

Ja, vom Fahrer des Saubermobils.

4.) Wenn die Papierkörbe geleert werden, wird dann auch das Umfeld in einem Radius von ca. fünf Metern mit in Augenschein genommen und dementsprechend gereinigt?

Das unmittelbare Umfeld wird gereinigt.

5.) Hat das Fremdunternehmen, welches die Büsche und Hecken in Meerbusch pflegt und schneidet auch dafür zu sorgen, dass der Abfall und Dreck welcher in den Büschen und Hecken liegt, auch entfernt wird?

Ja. Auf diesen Flächen werden in dem Zeitraum von April bis November 6 Pflegegänge durchgeführt. Hierbei wird auch der Unrat aus den Flächen entfernt. In den Wintermonaten erfolgt ein zusätzlicher Reinigungsgang, bei dem ausschließlich der Unrat entfernt wird.

- 6.) Kommt „Siggi Sauber“ immer nur zu einem Standort gefahren wenn ein Bürger sich bei der Stadt meldet um eine „Drecksecke“ zu melden?

Nein, es wird nach Möglichkeit jeder Standort einmal pro Woche gereinigt.

- 7.) Werden die Säuberungsintervalle vor bzw. nach verlängerten Wochenenden entsprechend erhöht?

Vor und nach Weihnachten werden die auffälligen Containerstandorte gesondert gereinigt. Die Papierkörbe auf dem Rheindeich werden in der Sommerzeit auch an Brückentagen und Sonntags geleert.

- 8.) Welche Konzepte hat die Verwaltung zu den Fragen 1 bis 7?

Im Zuge des Konzeptes „Sauberes Meerbusch“ wurde das Saubermobil angeschafft, die Wertstoffcontainerstandorte größtenteils eingezäunt und begrünt sowie einige Standorte unterirdisch eingerichtet. Das Konzept „Sauberes Rheinufer“ beinhaltet die zusätzliche Aufstellung von 1.100 L Behältern an den Wanderparkplätzen „Apelter Weg“ und „Zur Rheinfähre“ sowie von 240 L Tonnen im Bereich des Budericher Rheinufer.

- 9.) Wenn in diesem Bereich Personal fehlt und das anscheinend schon seit langem bekannt ist, warum wurde das Problem nicht gelöst?

Die Verschmutzungen resultieren aus Fehlverhalten von Teilen der Bevölkerung, Apelle der Verwaltung greifen nicht. Natürlich kann man das Personal in diesem Bereich aufstocken, die Personal- und Sachkosten führen allerdings zu einer Erhöhung der Abfallbeseitigungsgebühren

- 10.) Ist Ihnen, Frau Bürgermeisterin, das Problem der Unterbesetzung bekannt und seit wann wissen Sie davon?

Eine Mitteilung zur Unterbesetzung liegt mir nicht vor. Im Übrigen Siehe Antwort 9.

- 11.) Vor einem Jahr habe ich Ihnen während der Bepflanzung der Wiese vor dem Schwimmbad mit Blumen den Hinweis gegeben, dass vor dem mähen von öffentlichen Wiesen diese grob von Unrat gereinigt werden sollten damit später der Unrat nicht klein gehäckselt wird und als Feinstaub in die Umwelt oder im Gully gelangt. Dieser Hinweis wurde leider bis heute nicht umgesetzt, warum nicht?

Bereits vor Ihrem Hinweis waren bei den intensiv geschnittenen Rasenflächen sowohl der Unternehmer als auch die eigenen Pflegekräfte angehalten, die Flächen vorher von grobem Unrat zu reinigen. Die extensiven Wiesenflächen werden 1-2 mal jährlich gemäht. Hier beträgt die Wuchshöhe nicht selten einen halben Meter und mehr. Sichtbarer Unrat soll auch hier vor der Mahd entfernt werden. Sollten diese Vorgaben im Einzelfall nicht eingehalten werden, wird die Verwaltung zeitnahen Hinweisen hierzu umgehend nachgehen. Hierzu bedarf es keiner Anfrage im Rat.

13 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Weiterhin berichtet die Bürgermeisterin:

Termin des Wahlausschusses

Aufgrund der coronabedingten Änderungen des Kommunalwahlgesetzes hätten sich die Fristen im Vorfeld der Wahl, so auch die zur Einreichung von Wahlvorschlägen, geändert. Entsprechend sei eine Verschiebung des Termines erforderlich.

Anstatt des 23.07. wird entsprechend der 03.08. als neuer Termin der nächsten des Wahlausschusses vereinbart.

Sachstand Interkommunales Gewerbegebiet

Die Gespräche mit der Stadt Krefeld, unter Beteiligung von NRW.Urban sowie der Steuerberatungsgesellschaft RSM seien in mehreren Arbeitsgruppen sowie der Lenkungsgruppe fortgeführt worden. Aus den Arbeitsgruppen sei ein Strategiepapier zum weiteren Vorgehen hervorgegangen, welches den Fraktionsvorsitzenden der Städte Krefeld und Meerbusch in einer gemeinsamen Sitzung mit den Bürgermeistern sowie Vertretern der Verwaltung, NRW.Urban und RSM vorgestellt werden solle. Termin hierzu sei der 06.08., 16 Uhr. Eine entsprechende Einladung würde zeitnah versandt.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Peters hinsichtlich des Antrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Festlegung der Gebietsstruktur führt die Bürgermeisterin aus, dass dies derzeit noch zu früh sei und entsprechende Festlegungen derzeit nicht sachgerecht gemacht werden könnten.

HGÜ-Leitungen „Ultranet“ und „A-Nord“

Am 09. und 10.06. hätten in Düsseldorf Erörterungstermine für den Trassenverlauf der Ultranet-Leitung stattgefunden, hieran hätten seitens der Stadt Meerbusch Herr Dr. Saturra sowie der Rechtsanwalt Dr. Durinke teilgenommen. Der Termin für den Beginn der Auslegung der Antragsunterlagen zur Leitung A-Nord sei auf den 21.07. – mitten in den Sommerferien – gelegt worden. Hierzu werde eine Stellungnahme durch Herrn Dr. Durinke erstellt, diese solle im Rahmen einer Videokonferenz o.ä. mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt werden.

14 Termin der nächsten Sitzung: 01. September 2020

Termin der nächsten Sitzung: 01. September 2020

15 Verschiedenes

Anfrage der Ratsfrau Niegeloh zur Essensverpflegung während der Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen

Ratsfrau Niegeloh erfragt, inwiefern Kinder mit Anspruch auf Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von der Maßnahme aus dem Sozialschutzpaket 2 hinsichtlich der Lieferung von Essen während der Schließung der Schulen und Betreuungseinrichtungen Gebrauch gemacht hätten. Erster Beigeordneter Maatz führt hierzu aus, dass keine entsprechenden Maßnahmen in Meerbusch angefragt worden seien.

Wohneinrichtung Schweinheimer Kirchweg

Ratsherr Peters fragt an, wann mit einem Baubeginn der Einrichtung für behinderte Menschen am Schweinheimer Kirchweg begonnen werden. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass der Investor einen kurzfristigen Beginn zugesagt habe, bis vor kurzem habe eine notwendige Förderzusage des Rhein-Kreis Neuss noch nicht vorgelegen.

Außergastronomie

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt an, inwiefern den Gastronomen eine Nutzung der Außergastronomie nach 22 Uhr aufgrund der coronabedingten Einschränkungen in den gastronomischen Einrichtungen ermöglicht werden könne.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass dies aus immissionsschutzrechtlichen Gründen schwierig sei, die Zuständigkeit liege hierzu beim Rhein-Kreis Neuss sodass die Stadt keine entsprechenden Möglichkeiten habe.

Meerbusch, den 19. Juni 2020

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Patrick Wirtz
Schriftführer